

Antisemitismus geht uns alle an

> Katja Meier

Kurz vor dem Jahrestag der Pogromnacht produziert der Freistaat Sachsen erschütternde Schlagzeilen. Kaum war die Hauptverhandlung zum Angriff auf das jüdische Restaurant „Schalom“ in Chemnitz abgeschlossen, wurde gemeldet, dass im Jahr 2021 die Zahl der registrierten antisemitischen Straftaten aus dem Vorjahr bereits Mitte Oktober übertroffen wurde.

Weil wir die Bekämpfung von Antisemitismus im Freistaat Sachsen sehr ernst nehmen, bauen wir im Dialog mit den jüdischen Gemeinden Strukturen auf, um das Verständnis der Strafverfolgungsbehörden für antisemitische Zusammenhänge zu schärfen.

Die Generalstaatsanwaltschaft hat in diesem Jahr nicht nur einen Ansprechpartner zur Bekämpfung des Antisemitismus ernannt, sondern auch einen Leitfaden vorgelegt, der gemeinsam mit dem Landeskriminalamt und dem Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben erarbeitet wurde. Der Leitfaden soll die Staatsanwaltschaft und die Polizei für judenfeindliche Tathintergründe sensibilisieren, damit antisemitische Straftaten leichter erkannt und konsequenter geahndet werden können.

Da sich Diskriminierung nicht allein mit den Mitteln des Strafrechts beseitigen lässt, müssen wir uns natürlich auch als Gesamtgesellschaft mit der Frage befassen, wie wir antisemitischem Gedankengut den Nährboden entziehen.

Das sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung fördert unter anderem das Leipziger Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI), das sich im Zuge seiner Forschungen zu demokratiefeindlichen Einstellungen auch mit Antisemitismus befasst und regionalspezifische Policy-Papers erstellt, zuletzt unter anderem zur Verbreitung antisemitischer Verschwörungstheorien.

Das EFBI erarbeitet auch Präventionsangebote und berät die Kommunen dabei, wie sie selbst aktiv werden können, etwa indem sie darauf achten, mit wem sie beim Wachschutz oder beim Crowd Safety Management zusammenarbeiten. Leider treten Mitarbeiter*innen solcher Firmen immer wieder mit antisemitischen Vorfällen in Erscheinung.

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass antisemitische Ressentiments in Deutschland geäußert werden und jüdische Menschen tagtäglich mit Angriffen konfrontiert werden. Der Auftrag an uns alle muss also lauten: hinsehen und handeln – auf behördlicher wie auf zivilgesellschaftlicher Seite.

> Katja Meier (Grüne) ist seit 2019 sächsische Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung.



Foto: Marlén Mieth / SMJusDEG